

Synopse der Antworten der im Landtag vertretenden Fraktionen auf die Wahlprüfsteine der LandesHochschulKonferenz Niedersachsen zur Landtagswahl 2022

1. Wissenschaft in der Zukunftsperspektive des Landes

Automobilwirtschaft und Landwirtschaft sind zentrale Themen der Zukunftsfähigkeit des Landes Niedersachsen. Hinzu kommen Querschnittsthemen wie die Nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung. Welche Bedeutung schreiben Sie dem Wissenschaftssystem bei der Entwicklung dieser Zukunftsthemen zu? Was sind ihre wissenschaftlichen Kernelemente in der Zukunftsperspektive des Landes.

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP
<p>Als Wissenschafts- und Forschungsland verfügt Niedersachsen über das Potenzial, im digitalen und demografischen Wandel bei der Erforschung und Nutzung von Schlüsseltechnologien nachhaltig zu profitieren. Unser Bundesland hat leistungsstarke Hochschulen und exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die ihre Leistungsfähigkeit auch unter widrigen Umständen wie in der Corona-Pandemie bewiesen haben. Wir wollen diese Potenziale noch intensiver nutzen, um die Entwicklung von Zukunftsthemen voranzutreiben und Niedersachsen als modernen Innovationsstand-ort zu positionieren.</p> <p>Aus Sicht der CDU in Niedersachsen sind die übergreifenden Stärkefelder der niedersächsischen Wissenschaftslandschaft die Themenbereiche Mobilität, Energie, Klima- und Meeresforschung, Ag-rar- und Ernährungswirtschaft sowie Lebenswissenschaften und Medizin. Große Potenziale bestehen auch im Wassermanagement sowie in der Kreislaufwirtschaft.</p>	<p>Die Wissenschaften sind der Schlüssel zum Erfolg im 21. Jahrhundert. Längst geht es auf der Welt mehr um Wissensschätze denn um Bodenschätze. Viele politische Themen werden sich nur mit Hilfe bzw. in enger Zusammenarbeit mit den Wissenschaften bzw. mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie den Hochschulen und Forschungseinrichtungen lösen lassen. Niedersachsen hat leistungsstarke Hochschulen, eine breit aufgestellte Forschungslandschaft und forschungsintensive Wissensregionen. Gerade die Pandemie hat das noch einmal verdeutlicht. So hat Niedersachsen mit dem COVID-19-Forschungsnetzwerk (COFONI) beispielsweise eine leistungsstarke Forschungsallianz geschaffen, die weiterhin Antworten auf aktuelle und drängende Fragen zum Infektionsschutz der Bevölkerung geben wird. Aber nicht nur bei der medizinischen Forschung, sondern auch in anderen</p>	<p>Wissen ist in unserem Land die entscheidende Ressource, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen erfolgreich anzugehen. Wissenschaft schafft Innovationen, bietet Lösungsmöglichkeiten und zeigt neue Wege auf. Sie ist der zentrale Schlüssel für das Gelingen des ökologisch-sozialen Umbaus und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Wohlstand. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Hochschulen und Forschungseinrichtungen die nötigen Spielräume und die finanziellen Grundlagen bieten, um ihre Potenziale zu entfalten.</p>	<p>Der Klimawandel, knapper werdende natürliche Ressourcen, die Alterung in den westlichen Industriestaaten und die zunehmenden Ansprüche an Mobilität und Digitalisierung stellen die Gesellschaft vor gewaltige Herausforderungen. Mit exzellenter Forschung und Innovationen können für diese Herausforderungen neue Lösungen und Antworten gefunden werden, die verantwortungsbewusst, nachhaltig und fair sind. Die zentralen Herausforderungen unserer Zeit können also nur mit der Wissenschaft gelöst werden. In diesem Bewusst-sein werden wir auch unsere Haushaltspolitik betreiben.</p> <p>In der aktuellen Landesregierung hat die Wissenschaftspolitik keine ausreichende Lobby. Dies hat sich zuletzt durch die globale Minderausgabe für die Hochschulen gezeigt. Wir wollen die Wissenschaftspolitik ins Scheinwerferlicht der Landespolitik stellen und mit einer besseren Grundfinanzierung, einem Abbau des Investitionsstaus, einem Schwerpunkt bei der Hochschuldigitalisierung und</p>

<p>Wesentliche Schlüsseltechnologien sind hierbei u.a. die Modernisierung der Produktionssysteme, die Biotechnologisierung, Digitalisierung (z.B. Künstliche Intelligenz, Quantencomputing, Cybersicherheit) und klimaschützende und ressourcenschonende Technologien der Kreislaufwirtschaft. Bei der Entwicklung dieser Zukunftsthemen nimmt das Wissenschaftssystem, aber vor allem eine verstärkte Vernetzung von Forschenden und Forschungsaktivitäten eine elementare Rolle ein. Die Netzwerke Quantum Valley Lower Saxony (QVLS) sowie COFONI und das Institute of Biomedical Translation (IBT), aber auch das Zentrum für Digitale Innovationen (ZDIN) sind hierfür hervorragende Beispiele. Besonders hervorzuheben sind darüber hinaus die bestehenden sechs Exzellenz-cluster als Leuchtturmprojekte für Niedersachsen. Unser Ziel ist es, diese prägenden Elemente des niedersächsischen Wissenschaftssystems künftig noch stärker als Impulsgeber für die entscheidenden Transformationsprozesse von Wirtschaft und Gesellschaft zu positionieren. Mit einem konzeptionellen Gerüst aus themen- und technologiespezifischen Landesstrategien tragen wir dazu bei, Forschungsvorhaben effizienter aufzustellen und Transfer- sowie Translationsaktivitäten gezielter voranzubringen.</p>	<p>Forschungsbereichen wollen wir als SPD mithilfe der Wissenschaften lösungsorientiert gesellschaftliche Herausforderungen angehen. Wir setzen dabei vor allem auch auf die dringend erforderliche Forschung zur nachhaltigen Energieforschung und zu erneuerbaren Energien, um den Herausforderungen der Zeit gerecht zu werden. Aber auch die Geisteswissenschaften werden wir nicht aus dem Blick verlieren, genau so wenig wie die Digitalisierung, die wir verstärkt in den wissenschaftlichen Fokus nehmen (s.u.). Durch die Forschung wird Niedersachsen auch seine Landwirtschaft, seine Mobilitätsindustrie und den Gesundheitsbereich bereit für die großen Herausforderungen der Zukunft in unserer Gesellschaft machen. Als SPD streben wir in politischer Verantwortung somit danach, Niedersachsen als Ganzes zu einem prosperierenden Land für Wissenschaft und Forschung machen. Dazu werden wir die Hochschulen selbstverständlich stärken, den digitalen Zugang zur Hochschulbildung von überall aus Niedersachsen ermöglichen und die Hochschulen in regionalen Innovationspartnerschaften zusammenführen. Aber auch unsere Hochschulgebäude machen wir</p>		<p>mit einem Hochschulfreiheitsgesetz den Wissenschaftsstandort Niedersachsen weiterentwickeln.</p>
--	---	--	---

<p>Damit unser Wissenschaftssystem sein vollständiges Potenzial entfalten kann, wollen wir die Autonomie unserer Hochschulen weiter stärken und für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler noch bessere Arbeitsbedingungen in Niedersachsen sichern. Hierzu gehört es neben einer verstärkten Internationalisierung unseres Wissenschaftssystems, stärkere Anreize für wissenschaftsnahen Ausgründungen zu setzen. Um der Wissenschaftsskepsis erfolgreicher entgegenzutreten zu können, wollen wir Reallabore weiter ausbauen, Formate des gesellschaftlichen Transfers intensiver nutzen und die Wissenschaftskommunikation als zentrale Herausforderung einer modernen Wissenschaftspolitik stärken.</p>	<p>dementsprechend fit für die Zukunft. (s.u.)</p>		
<p>2. Unzureichende Hochschulautonomie</p>			
<p><i>Unterstützen Sie die Bestrebungen der niedersächsischen Hochschulen hin zu mehr Autonomie, wie dies in anderen Bundesländern sehr erfolgreich praktiziert wird? Welche Chancen sehen Sie hier für den nächsten Hochschulentwicklungsvertrag bzw. einer weiteren Anpassung bzw. Novellierung des NHG?</i></p>			
CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP
<p>Die CDU in Niedersachsen bekennt sich zur Autonomie der niedersächsischen Hochschulen. Durch die Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes wurde die Basis geschaffen, die Hochschulen stärker als bisher zu eigenverantwortlichem Handeln und mehr Wirtschaftlichkeit zu befähigen und dadurch die Forschung und die Studienbedingungen zu verbessern. Wir sind fest entschlossen, den Weg des CDU</p>	<p>Wir garantieren schon heute mit dem Hochschulentwicklungsvertrag eine Planungssicherheit der Hochschulen bis 2023. Das hat zu einer positiven Entwicklung unserer Hochschulen geführt. Genau deshalb werden wir diese Garantie auch in Zukunft und nach der Wahl, wenn wir in Verantwortung bleiben, fortschreiben. Ganz konkret soll beispielsweise auch die Zahl der</p>	<p>Die niedersächsische Hochschullandschaft ist durch eine große Vielfalt aus Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Berufsakademien sowie staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen geprägt. Niedersachsen verfügt über exzellente Hochschulen</p>	<p>Für uns Freie Demokraten sind die Bestrebungen hin zu mehr Hochschulautonomie besonders wichtig. Die niedersächsischen Hochschulen sollen mehr Autonomie und mehr Gestaltungsfreiheiten erhalten, denn Hochschulen sind keine nachgeordneten Behörden der Ministerien. Durch eine erneute Gesetzesnovelle wollen wir das Niedersächsische Hochschulgesetz zu</p>

<p>geführten Wissenschaftsministerium, welches die Hochschulautonomie durch die Hochschulnovelle 2022 massiv gestärkt hat, konsequent weiterzugehen. Hierbei gilt es jedoch, die individuelle Leistungsfähigkeit der einzelnen Hochschulen, aber auch ihr spezifisches Hochschulumfeld angemessen zu berücksichtigen. Gerne werden wir daher in Abstimmung mit allen Hochschul-angehörigen sowie ihren Verbänden wie der LandesHochschulKonferenz Potenziale für eine weitere Stärkung der Hochschulautonomie erörtern und in den Planungen für die nächste Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes berücksichtigen. Die Landesregierung hat den Hochschulen auch in Zeiten herausfordernder Haushaltslagen finanzielle Planungssicherheit geboten, um weiterhin gute Bedingungen für Lehre, Forschung und Transfer in Niedersachsen zu garantieren. Hierzu wurde der Hochschulentwicklungsvertrag mit den niedersächsischen Hochschulen, der die Hochschulhaushalte sowie strukturelevante Ansätze des Landeshaushalts sichert, bis zum 31.12.2023 fortgeschrieben. Für den Hochschulentwicklungsvertrag ab 2024 müssen mehrjährige finanzielle sowie inhaltliche Planungssicherheit für die Hochschulen im Vordergrund stehen. Bei dessen Ausgestaltung wollen wir neben</p>	<p>Professuren bis 2027 um 500 erhöht werden. Die SPD bekennt sich zur Hochschulautonomie und hat dies mit der NHG-Novelle in der letzten Legislaturperiode auch verdeutlicht. Auch in Zukunft werden wir den gesetzlichen Rahmen den Herausforderungen der Zukunft anpassen und so bei der Aufstellung der Hochschulen für die Zukunft ein verlässlicher Partner sein.</p>	<p>und Spitzenforschung ebenso wie über anwendungsorientierte Einrichtungen – und damit insgesamt über ein breites Angebot an unterschiedlichen Studienmöglichkeiten. Im Sinne der Hochschulautonomie setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Hochschulen über ein eigenständiges Profil und den notwendigen Gestaltungsspielraum für eine zukunftsorientierte Entwicklung verfügen. Hierzu wollen wir die Hochschulen dabei unterstützen, neue Wege auszuprobieren.</p>	<p>einem echten Hochschulfreiheitsgesetz machen. Besonders in den Bereichen Personal, Finanzen, Organisation und Bau wollen wir den Hochschulen nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens mehr Autonomie ermöglichen. Konkret wollen wir etwa das professorale Berufsrecht allgemein und auf Dauer auf die Hochschulen übertragen, die Altersbeschränkung für die Berufbarkeit von Professorinnen und Professoren in ein Beamtenverhältnis flexibilisieren und die Hochschulen in die Arbeitgeberposition unter Beibehaltung von Mitbestimmungsrechten und Tarifgebundenheit versetzen. In diesem Zusammenhang muss auch der Hochschulentwicklungsvertrag ab dem Jahr 2024 zu einem längerfristigen Hochschulrahmenvertrag umgebaut werden, der den Hochschulen in den Bereichen Grundfinanzierung, Sanierung und Digitalisierung mehr Planungssicherheit gibt.</p>
--	---	--	---

den Ergebnissen der Potenzialanalyse auch die grundlegenden Herausforderungen der Hochschulen, z.B. im Hochschulbau, in der Digitalisierung sowie der Personalgewinnung und Fachkräftesicherung, gebührend berücksichtigen.			
---	--	--	--

3. Künftige Finanzierung des Hochschulsystems

Wie stellen Sie sich die künftige Finanzierung der niedersächsischen Hochschulen im Hinblick auf Lehre und Studium, Forschung, Transfer, Personalentwicklung und Verwaltung vor? Was beabsichtigen Sie zu tun, um die Hochschulen finanziell besser aufzustellen?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP
Die CDU setzt sich auch in herausfordernden Zeiten für eine auskömmliche Finanzierung unserer Hochschulen ein, damit diese ihren Aufgaben im niedersächsischen Wissenschaftssystem erfolgreich nachkommen können. Hierzu wollen wir die Mittel der Wissenschaftspakte von Bund und Ländern in Niedersachsen effizient nutzen, um zugunsten unserer Studierenden die Rahmenbedingungen für Studium und Lehre zu sichern und schrittweise zu verbessern. Hierzu werden wir unsere Hochschulen künftig noch stärker in die Lage versetzen, erfolgreich an Förderausschreibungen der Europäischen Union, des Bundes sowie weiterer Förderer teilzunehmen. Wir werden die Digitalisierung der Landesverwaltung einschließlich der Hochschulverwaltungen entschlossen vorantreiben. Die Dachinitiative	Wir bekennen uns zur staatlichen Verantwortung für die Hochschulen und werden die Finanzierung der wissenschaftlichen Einrichtungen sicherstellen. Die staatliche Finanzierung der Hochschulen ist eine unverzichtbare, wesentliche Ressource, die das hohe Gut der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre materiell und ideell sicherstellt. Für die Finanzierung der Hochschulen sind Bund und Länder gemeinsam zuständig. Im Koalitionsvertrag des Bundes ist eine jährliche Steigerung der im Rahmen des Zukunftsvertrags Studium und Lehre zur Verfügung gestellten Mittel in Aussicht gestellt. Das begrüßen wir als niedersächsische SPD und sehen diesen wichtigen Wendepunkt in der Hochschulfinanzierung, der	Um ihren Forschungs- und Bildungsauftrag erfüllen zu können, benötigen die Hochschulen in staatlicher Verantwortung eine verlässliche finanzielle Ausstattung. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren mit ihrer Kürzungspolitik den Grundgedanken des Hochschulentwicklungsvertrages unterlaufen, den Hochschulen Handlungsspielraum genommen und viel Vertrauen verspielt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen Planungssicherheit gibt, wachsenden Anforderungen Rechnung trägt und Raum für die zukünftige Entwicklung gibt.	Für uns Freie Demokraten sind moderne Hochschulen und beste Forschungsbedingungen die Grundlage für Innovation und Fortschritt in unserem Land. Hochschulen öffnen neue Chancen für unsere Gesellschaft. Deshalb fordern wir eine verlässliche und auskömmliche Grundfinanzierung der niedersächsischen Hochschulen. Die herausragende Rolle der Hochschulen für wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt muss sich auch in der Haushaltspolitik des Landes widerspiegeln. Landeszuschüsse müssen dabei auch den Mehrbedarf aus Tarif- und Besoldungsrunden sowie einen pauschalen Inflationsausgleich für das Sachmittelbudget berücksichtigen. Ferner streben wir an, den Hochschulen volle finanzielle Hoheit

<p>„hochschule.digital Niedersachsen“ soll dabei die Digitalisierungsstrategien der Hochschulen noch zielgerichteter unterstützen. Die CDU steht insbesondere im Hochschulbau neuen Finanzierungsmodellen grundsätzlich offen gegenüber. Um ÖPP-Projekte zu ermöglichen, streben wir eine Anpassung der Landeshaushaltsordnung an, um Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen auf ein neues, zeitgemäßes Fundament zu stellen. Wir wollen hochschulnahe Ausgründungen so ermöglichen, dass Hochschulen sich aktiv beteiligen können und Fragen des Urheberrechts bzw. des Patentschutzes keine unverhältnismäßigen Hürden für unternehmerische Aktivitäten mehr darstellen.</p>	<p>auch die Wissenschaft und Lehre in Niedersachsen voranbringen wird. Die notwendige Unabhängigkeit von Wissenschaft und Lehre zu gewährleisten, geht in unseren Augen nur dann reibungslos, wenn die Hochschulen eine auskömmliche und konjunkturunabhängige Grundfinanzierung für Forschung und Lehre mit einer breit gefächerten Themenvielfalt und die Ermöglichung kritischer Wissenschaft haben, mit der sie langfristig und auch nachhaltig planen können. Zu einer solch auskömmlichen Grundfinanzierung gehört, aber selbstverständlich auch, dass die Tarifsteigerungen vorbehaltlos und vollständig in den Mittelzuweisungen an die Hochschulen berücksichtigt werden. Mit einer landeseigenen Hochschulentwicklungsgesellschaft will die SPD in Niedersachsen einen langfristig angelegten Zukunftsplan für die niedersächsischen Hochschulen realisieren. Damit soll die Finanzierung der dringend notwendigen Hochschulinvestitionen in Niedersachsen sichergestellt werden – und das möglichst unabhängig von Kassenlage und den konjunkturellen Schwankungen. Das zeigt eine solide Alternative zu Sparhaushalten und kostspieligen öffentlich-privaten Partnerschaften</p>	<p>Hierzu gehört auch eine verlässliche landesseitige Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln, damit niedersächsische Hochschulen an diesen bestmöglich partizipieren können.</p>	<p>über einmal ausgezahlte Landesmittel zu geben. Die Third Mission muss durch das Land finanziell stärker honoriert werden. Zudem hat das FDP-geführte BMBF vor kurzem die Eckpunkte für die neue Agentur für Forschung und Innovation, DATI, veröffentlicht. Ziel ist es, insbesondere angewandte Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie kleinen und mittleren Universitäten sowie mit diesen verbundene regionale Innovationsnetzwerke zu fördern. Im Fokus der Förderung stehen Kooperationen und Verbundprojekte zu technologischen wie sozialen Innovationen sowie Wissenstransfer, Ausgründungen und Start-Ups.</p>
---	--	---	--

	<p>auf. Nicht nur wird das die Haushalte der Hochschulen entlasten, sondern gleichzeitig auch für eine solide, nachhaltige und zukunftsgerichtete Lehre und Forschung sorgen. Zudem wollen wir einen Aufwuchs der Studienqualitätsmittel, um Forschung und Lehre zu stärken und auch um die studentische Mitbestimmung in den Hochschulen zu fördern.</p>		
--	---	--	--

4. Infrastrukturen - Hochschulbau, Bauunterhalt und Sanierung

Was beabsichtigen Sie zu tun, um dem Sanierungsstau nachhaltig entgegenzuwirken? In welchem Umfang beabsichtigen Sie den Bauunterhalt auszuweiten? Wie stellen Sie sich die Umsetzung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Hochschulbau und Sanierung vor?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP
<p>Die CDU in Niedersachsen setzt sich für die nachhaltige Stärkung des Wissenschaftsstandorts Niedersachsen ein. Eine wichtige Grundlage für die Ermittlung des Investitions- und Sanierungsbedarfs an den niedersächsischen Hochschulen stellt die Analyse der LandesHochschulKonferenz aus Früh-jahr 2020 dar. Durch die Einrichtung und Ausstattung eines Sondervermögens mit aktuell 1,05 Mrd. Euro und perspektivisch 2,1 Mrd. Euro für die Bauvorhaben an der Medizinischen Hochschule Hannover sowie der Universitätsmedizin Göttingen wurde ein Finanzpaket in bisher nicht gekannter Größe bereitgestellt. Aus diesem Vermögen stehen zusätzlich 150</p>	<p>Die oben beschriebenen Maßnahmen müssen selbstverständlich auf einem breiten infrastrukturellen Rahmen basieren. Die notwendigen Investitionen werden wir über die NBank und eine Hochschulentwicklungsgesellschaft finanzieren. Wir wollen, dass die auskömmliche Grundfinanzierung der Forschung in Niedersachsen auch die bauliche Finanzierung betrifft. Hochschulen sind für uns auch wichtige Standortfaktoren. Deshalb wollen wir alle Hochschulen sanieren und wir werden dafür in die bauliche, personelle und digitale Infrastruktur investieren – denn marode</p>	<p>An den Hochschulen gibt es einen gewaltigen Investitionsstau – sowohl im Bereich des Gebäudebestandes als auch bei notwendigen Neubauten. Dieser bedeutet nicht nur eine Herausforderung für die Sicherung des Studien- und Forschungsbetriebes, sondern ist auch aus Gründen des Klimaschutzes nicht länger zu akzeptieren. Denn ein großer Teil der Landesliegenschaften sind Hochschulgebäude, die wiederum einen hohen Anteil am Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen der Landesverwaltung haben. Unser Ziel ist es daher, Hochschulen zu</p>	<p>Moderne und nachhaltige Hochschulen sind für uns von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig besteht an den Hochschulen - abseits der Universitätsmedizin - ein Investitionsstau von rund 4,3 Mrd. Euro. Daher wollen wir dem Investitions-stau an den Hochschulen mit einer Investitionsoffensive begegnen. Grundlage für den Abbau des Sanierungs- und Modernisierungsstaus an den Hochschulen ist eine transparente Vermögenserfassung, die eine bessere Planbarkeit und eine Priorisierung von Investitionsmaßnahmen für die Hochschulen ermöglicht. Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP)</p>

<p>Mio. Euro für den Sanierungsbedarf an allgemeinen Hochschulen bereit. Um auch mittelfristig die erforderlichen Bau- und Sanierungsbedarfe realisieren zu können, werden – unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen und ggf. erforderlichen Rechtsanpassungen – auch alternative Finanzierungsformen Berücksichtigung finden. Das Land Niedersachsen muss vermehrt auf Öffentlich-Private-Partnerschaften setzen, um den erheblichen Sanierungsstau abzubauen.</p> <p>Der Wissenschaft kommt als Impulsgeber und Handlungsraum eine entscheidende Rolle für den Klimaschutz zu: Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen tragen wesentlich zur Erforschung der Ursachen und Folgen der Klimakrise bei, entwickeln neue Lösungen und gestalten damit die Grundlage für ein nachhaltiges und zukunftssicheres Morgen von der Energieversorgung über eine nachhaltige Landwirtschaft bis zur klimaneutralen Mobilität. Zugleich hat die Wissenschaft aufgrund der spezifischen Funktionen der Gebäude und der besonderen technischen Ausstattung einen hohen Anteil am Energieverbrauch des Landes. Ein veralteter Gebäudebestand und der bekannte Investitionsstau führen dazu, dass hier bereits jetzt für die Hoch-</p>	<p>Universitätsgebäude laden weniger zum Nachdenken über die Herausforderungen der Zukunft ein. Deshalb werden wir unsere Hochschulgebäude fit für die Zukunft machen, weil wir die modernsten Häuser für die besten Ideen in Niedersachsen wollen! Wir wollen neben den Investitionen in der gesamten niedersächsischen Fläche im Laufe der nächsten Legislaturperiode aber auch die Neubauten von MHH und UMG zu bundesweiten Leuchttürmen machen. Niedersachsen soll sein Potential auf diesem Gebiet ausbauen.</p>	<p>Reallaboren des Wandels zu machen: von einer stärkeren und breiteren Verankerung von nachhaltigen Studieninhalten und der Einrichtung neuer Klimaschutz-Professuren über den Auf- und Ausbau von Green Offices bis zum Hochschulbau. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine klimagerechte Gebäudesanierung sowie nachhaltige Energiekonzepte an allen Hochschulstandorten ein. Diese Maßnahmen können eine Strahlkraft weit über den Campus hinaus entfalten. Finanziert werden sollen diese Zukunftsinvestitionen über den zu gründenden Niedersachsenfonds und Landesgesellschaften. Auch für den Neubau der Hochschulkliniken in Hannover und Göttingen wollen wir einen bestmöglichen Klimastandard erreichen. Die erforderlichen Mittel werden aus dem Niedersachsenfonds bereitgestellt.</p>	<p>betrachten wir neben direkten staatlichen Investitionen als einen wichtigen Baustein, um diesen Investitionsbedarfen zu begegnen. Überdies wollen wir für die Hochschulen und die Hochschulverbände ein selbstständiges Bauen im Rahmen eines Optionsmodells ermöglichen und Autonomie über die hochschulbezogenen Liegenschaften gewähren</p>
---	--	---	---

<p>schulen ein massiver Handlungsdruck besteht. Für die CDU in Niedersachsen steht fest: Ein klimagerechter Umbau wird nur mit massiven Investitionen in die Infrastruktur gelingen. Die Anhebung der Standards muss mit der Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel einhergehen. Ferner setzen wir uns dafür ein, dass bei weiteren Initiativen zur energetischen Gebäudesanierung die sanierungsbedürftigen Hochschulgebäude angemessen Berücksichtigung finden.</p>			
<p>5. Digitalisierung der Hochschulen</p>			
<p><i>Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um den Digitalisierungsprozess an den niedersächsischen Hochschulen zu fördern? Wie wollen Sie insbesondere die „Hochschule.digital Niedersachsen“ nachhaltig sichern und weiterentwickeln?</i></p>			
<p>CDU</p>	<p>SPD</p>	<p>Bündnis90/Die Grünen</p>	<p>FDP</p>

<p>Bei der Förderung des Digitalisierungsprozesses an den niedersächsischen Hochschulen setzen wir insbesondere auf den Dachverbund „Hochschule.digital Niedersachsen“, der 2020 vom CDU geführten Wissenschaftsministerium gemeinsam mit der LHK gegründet wurde. Übergreifendes Ziel und Anspruch der Initiative muss es auch in Zukunft sein, im Bereich der Digitalisierung der Hochschulen eine für die Hochschulen nützliche und dabei national und international sichtbare Struktur und Gesamtstrategie in Niedersachsen zu etablieren, die dazu beitragen soll, die Attraktivität der niedersächsischen Hochschulen zu steigern und sich sowohl im Wettbewerb um Studierende als auch um Drittmittel zukunftsfähig aufstellen zu können.</p> <p>Die niedersächsischen Hochschulen wurden und werden mit einem Sofortprogramm dabei unterstützt, die akuten Herausforderungen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Gleichzeitig müssen in einer zweiten Phase Fördergelder zur Weiter- oder Neuentwicklung digitaler Lehrangebote und Verbesserung der digitalen Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Die CDU in Niedersachsen begrüßt ausdrücklich, dass das MWK diesen Prozess bereits begonnen hat und gleichzeitig den durch die Corona-Pandemie entstandenen hohen Digitalisierungsdruck an den</p>	<p>Die Digitalisierung der Hochschulen ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben, der wir uns nach der Wahl in Regierungsverantwortung stellen wollen. Die Corona-Pandemie hat durch die Digitalisierung ganz neue Möglichkeiten für die Lehre und Betreuung von Studierenden eröffnet, insbesondere durch individuelle Betreuungsmöglichkeiten ist es zur Stärkung interaktiver Elemente in der Lehre gekommen. Zudem müssen die Möglichkeiten des Teilzeit-, Fern- und berufsbegleitenden Studiums sowie die Kombination von Studium und Familienzeit erhalten und ausgebaut werden. Wir werden zur Förderung dieser digitalen Lehr- und Lernformen einen Innovationsfonds einrichten. Wir verfolgen insofern weiterhin eine umfassende Digitalisierungsstrategie an den niedersächsischen Hochschulen. Die Digitalisierungsforschung wurde bereits unter der SPD-geführten Landesregierung wesentlich gestärkt: Das entsprechende Forschungszentrum der Leibniz Universität Hannover werden wir in Zukunft dauerhaft fördern und wir haben mittlerweile zusätzliche Digitalisierungsprofessuren zu diesem Zweck eingerichtet. Daneben ist die Arbeit an</p>	<p>Die Digitalisierung ermöglicht es, ein Studium an verschiedenen Standorten gleichzeitig zu absolvieren, ob in Niedersachsen, deutschlandweit oder international. Die technischen Voraussetzungen für einen virtuellen transnationalen Campus sind dafür inzwischen grundsätzlich gegeben. Wir setzen uns dafür ein, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass Studierende und Forschende zukünftig einfacher von den Chancen der Digitalisierung profitieren können. Auch wollen wir mehr Spielräume für innovative Lehre schaffen, beispielsweise durch eine bessere Verknüpfung analoger und digitaler Elemente. Hierzu gehört auch eine noch weiter verbesserte digitale Ausstattung der Hochschulen sowie regelmäßige didaktische Weiterbildungen des akademischen Personals.</p>	<p>Die Initiative Hochschule.digital Niedersachsen wollen wir weiterfinanzieren und weiterentwickeln. Damit wollen wir auch eine systematischere Vernetzung analoger und digitaler Lehr- und Lernformate ermöglichen und finanzieren. Unsere Vision: Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir die digitale Transformation von Forschung, Lehre und Verwaltung beschleunigen und mittelfristig eine „Digitale Hochschule Niedersachsen“ (DHN) entwickeln. Dieser Verbund versteht sich als Ergänzung und nicht als Ersetzung des regulären Hochschulbetriebes. Ähnlich wie in Bayern soll diese Einrichtung den Austausch digitaler Lehre koordinieren und die Möglichkeit schaffen, vorhandene Angebote gebündelt und vernetzt allen Studierenden in Niedersachsen zur Verfügung zu stellen. Dadurch können die Studierenden und Lehrenden alle digitalen Angebote aller niedersächsischen Hochschulen nutzen.</p>
---	---	---	--

<p>niedersächsischen Hochschulen in eine langfristige strategische Bearbeitung gebracht hat. Dieser Weg muss konsequent weiterbeschritten werden. Es ist unser Ziel, diese Programme so aufzustellen, dass verfügbare Bundesmittel erfolgreich eingeworben und Förderkonflikte vermieden werden können.</p> <p>Die Digitalisierung eröffnet darüber hinaus eine große Chance, vor allem für internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studentinnen und Studenten, landesweite Angebote wahrzunehmen. Gleichzeitig soll der Einsatz von digitalen Tools und Plattformen während des Studiums stark verbessert und gefördert werden. Studentinnen und Studenten in Niedersachsen sollen langfristig die Möglichkeit haben, an Lehrveranstaltungen anderer Hochschulen teilzunehmen und Prüfungen abzulegen. Dazu muss auch der Digitalcampus Niedersachsen verstärkt ausgebaut werden.</p>	<p>zukunftsweisenden Projekten wie beispielsweise der TIB in Hannover, der DFKI in Osnabrück und Oldenburg sowie Göttingen als Standort für nationales Hochleistungsrechnen für die zukünftige Ausrichtung und Entwicklung der Digitalisierungsprozesse besonders wertvoll. Wir werden deshalb in der nächsten Legislaturperiode die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, die der Bedeutung von Digitalisierungsprozessen Rechnung tragen und das beste Fachpersonal für die Begleitung der entsprechenden Prozesse in Niedersachsen gewinnen.</p>		
--	--	--	--

6. Forschung

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um sowohl erkenntnisgeleitete, künstlerische als auch anwendungsorientierte Forschung an den Hochschulen noch besser zu fördern? Wie wollen Sie die Position der niedersächsischen Hochschulforschung im nationalen und internationalen Vergleich dauerhaft verbessern?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP
<p>Niedersachsen verfügt über eine vielfältige und leistungsstarke Forschungslandschaft, die wir weiter ausbauen und konkret unterstützen. Wir werden beispielsweise die</p>	<p>Wir werden den Wissenschafts- und Forschungsstandort Niedersachsen konsequent weiter ausbauen. So sollen weiterhin qualitativ hochwertige Kooperationen</p>	<p>Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung die Wissenschaft für</p>	<p>Für uns hat die nächste Runde der Exzellenzstrategie eine herausragende Bedeutung, deren Vorbereitung einer größeren</p>

<p>Gesundheitsforschung an den niedersächsischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (insbesondere in der Krebs-, Lungen-, Infektions- und Transplantationsforschung) stärken und die norddeutsche Zusammenarbeit ausbauen. Wichtig ist auch, aus der Pandemie zu lernen und in diesem Zuge die Netzwerkstrukturen der Infektionsforschung unter Berücksichtigung des COVID-19-Forschungsnetzwerkes Niedersachsens (COFONI) und Erkenntnisse aus der Pandemie zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Auch in den Schlüsseltechnologien sowie in den für Niedersachsen besonders relevanten Forschungsfeldern wollen wir weitere Impulse setzen, um Forschungsaktivitäten zu unterstützen. Im Sinne einer nachhaltigen und verlässlichen Qualitätssicherung setzen wir auf die wertvolle und bewährte Expertise der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen. Zur Stärkung der anwendungsorientierten Forschung wollen wir die Rahmenbedingungen für Transfer, Translation und Wissenschaftskommunikation weiter stärken und transferorientierte Netzwerke zur Verbesserung von Interaktionen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiterentwickeln und erweitern. Hierzu sollen die Transferstellen der Hochschulen, aber</p>	<p>realisiert werden. Und da für alle Beteiligten ein produktiver Austausch in der Forschungswelt künftig noch wichtiger werden wird als bisher werden wir selbstverständlich dafür Sorge tragen, dass diese Austausche auch in angemessener Zahl stattfinden können. Dazu werden wir nach der Landtagswahl neue Ansätze erarbeiten und prüfen, die diesen Wissenstransfer noch besser als bisher ermöglichen werden. Niedersachsen hat bislang bereits sechs Exzellenzcluster, und auf jedes einzelne dieser Cluster können wir hier zu Recht sehr stolz sein. Dieser Erfolg ist für uns allerdings weiterer Antrieb und nicht etwa ein Grund, sich darauf auszuruhen. Wir werden die Zahl der vorhandenen Exzellenzcluster nochmals steigern, denn jedes neue Cluster bedeutet auch eine neue große Chance für die Entwicklung einer neuen Zukunftsbranche in Niedersachsen. Deshalb werden wir mit der entsprechenden Verantwortung im Land noch weitere Forschungsbereiche ausbauen – alternative Energiesysteme spielen dabei eine ebenso große Rolle wie die Klimafolgenforschung. Wir werden auch in mehr Forschung zu nachhaltiger Ressourcennutzung und Biodiversitätserhaltung</p>	<p>Erkenntnisgewinn und die Entwicklung von Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit hat. Ohne Wissenschaft ist auch kein Fortschritt möglich. Daher setzen wir uns dafür ein, die Forschung vom Grundlagenbereich bis zu konkreten anwendungsbezogenen Projekten zu stärken. Dies gilt insbesondere für transformative Forschungsbereiche, bei denen es um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie die Gestaltung des damit verbundenen notwendigen klimagerechten Umbaus geht.</p>	<p>finanziellen und strategischen Kraftanstrengung bedarf. Für die Freien Demokraten besteht zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung eine enge Verbindung. Wir begrüßen eine Stärkung der Stellung der Hochschulen in der Programmförderung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die Hürden im Patentwesen, der Unternehmensbeteiligung und der Unternehmensgründung wollen wir senken. Bei der Entwicklung und Umsetzung von Open-Science-Strategien werden wir die Hochschulen in Niedersachsen unterstützen und die Entstehung eines landesweiten Forschungsdatenrepositoriums als Kooperationsprojekt fördern. Weiterhin wollen wir durch eine intelligente Förderung von einzelnen Forschungsprojekten strategische Schwerpunkte setzen, um so den Forschungsstandort Niedersachsen zu einem weltweiten Spitzenforschungsort zu machen. Wir wollen zudem den Musik- und Kunsthochschulen einen neuen Stellenwert geben. Dieser Hochschultypus leidet aktuell unter einer eklatanten Raumnot und an unbesetzten Professuren, die trotz steigender Studierendenzahlen aus Finanzgründen nicht berufen wurden.</p>
--	--	--	---

<p>auch die Translationsallianz Niedersachsen sowie die Zukunftslabore des Zentrums für digitale Innovationen Niedersachsen einen wichtigen Beitrag leisten. Dabei setzen wir auch auf die Leistungsfähigkeit unserer Fachhochschulen als Motoren der anwendungsorientierten Forschung. Als zusätzliche Impulsgeber bauen wir auch auf die durch das Land Niedersachsen in erheblichem Umfang kofinanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Der erfolgreiche Ausbau dieser Einrichtungen muss in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden. Aber auch die künstlerische Bildung und Forschung spielt im Forschungs- und Wissenschaftsland eine bedeutende Rolle. In enger Abstimmung mit den Hochschulen wollen wir daher unter anderem die akademische Ausbildung von Musikpädagoginnen und -pädagogen stärken und somit die Sicherung des Nachwuchses in der musikalischen Bildung gewährleisten. Wie bekennen uns zu HMTMH und HBK als zentrale Ausbildungsstätten des akademischen musisch-künstlerischen Nachwuchses und wollen künstlerisch-musische Studiengänge an den anderen Hochschulen des Landes sichern und stärken. Ergänzend wollen wir außerhalb des eigentlichen Wissenschaftssystems die Förderung der kulturellen Jugendbildung und Theaterpädagogik verstetigen.</p>	<p>investieren ebenso wie wir einen Aufwuchs in Biomedizin und Biotechnologie wollen. Wir setzen und das Ziel, bei Big Data und Künstlicher Intelligenz ganz vorne mitzuspielen und auch gesellschaftliche Zusammenhänge wie Migration, Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Bildung mehrdimensional erforschen zu lassen. Das ist ein ambitioniertes Programm, das aber zu unserem leistungsstarken Land und der SPD bestens passt.</p>		<p>Wir wollen die baulichen, personellen und regulatorischen Rahmenbedingungen für die betroffenen Hochschulen verbessern, um den künstlerischen Nachwuchs und die musikpädagogische Ausbildung zu sichern. Dies gilt auch für die postgraduale Phase an den künstlerischen Hochschulen.</p>
--	---	--	--

7. Akademisierung von Gesundheitsberufen

Wie beabsichtigen Sie, die Einrichtung und den dauerhaften Betrieb von primärqualifizierenden Studiengängen in den Gesundheitsberufen, die mit bundesgesetzlichen Reformen in den Aufgabenkreis der Hochschulen übertragen werden, angemessen, transparent und nachhaltig zu finanzieren?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP
<p>Die gesundheitliche Versorgung im Flächenland Niedersachsen gehört zu den Aufgaben, die für die CDU von herausragender Bedeutung sind. Hierzu bedarf es entsprechender akademischer Fachkräfte, deren Kompetenz angesichts vielfältiger gesellschaftlicher Veränderungen und Anforderungen an Bedeutung weiter zunimmt. Daher begrüßt die CDU die konsequente Weiterentwicklung der Berufsbilder und Ausbildungsgänge in den ärztlichen und nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen als wichtigen Baustein zur nachhaltigen Sicherung einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung, die mit dem u.a. durch die Digitalisierung sowie Innovationen im Bereich der personalisierten Medizin ausgelösten Wandel der Berufsbilder Schritt hält.</p> <p>Der Bund hat in den vergangenen Jahren mehrere Berufegesetze im Bereich der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe novelliert. Hierzu zählen insbesondere die Pflege, die Psychotherapie und die Hebammenwissenschaft. Die Landesregierung hat erhebliche Mittel mobilisiert, um beispielsweise die durch die Novelle der Zahnärztlichen Approbationsordnung ausgelöste Kostensteigerung im Studium der</p>	<p>Die SPD wird selbstverständlich die zügige Umsetzung der bundesgesetzlichen Reformen vorantreiben. Art. 74 Abs. 1 Nr. 19 GG gibt dem Bund im Wege der konkurrierenden Gesetzgebung das Recht, die Zulassung zu den Gesundheitsfachberufen (andere als ärztliche Heilberufe) zu normieren. Von diesem Recht hat der Bund Gebrauch gemacht und Gesetze zu den einzelnen Gesundheitsfachberufen erlassen. Die Länder führen die Gesetze aus.</p>	<p>Wir wollen insbesondere die Akademisierung der Hebammenausbildung in Niedersachsen schnell vorantreiben und ausreichend Studienplätze zur Verfügung stellen, um eine gute Versorgung rund um die Geburt sicherzustellen. Darüber hinaus wollen wir auch die Akademisierung in anderen Gesundheitsfachberufen vorantreiben, insbesondere in der Pflege. Die Möglichkeit einer akademischen Primär- oder Sekundärqualifikation ist in der Pflege ein wichtiger Beitrag für attraktive Karrierewege und damit für Attraktivität des Pflegeberufes insgesamt. Auch für die Qualität der Versorgung sind Evidenzbasierung und mehr Handlungsautonomie für Pflegekräfte ein wichtiger Baustein. Wir setzen uns deshalb für ein Modellprojekt Community Health Nurses ein, die in der Primärversorgung eingesetzt und Versorgungslücken insbesondere in ländlichen Regionen schließen können.</p>	<p>Für uns ist dieser Bereich ein wichtiger Baustein, um mehr Anerkennung für Pflegende zu erreichen. Es steht deshalb für uns außer Frage, dass eine angemessene Finanzierung sichergestellt sein muss. Wir stehen zu einer Ausweitung der Pflegewissenschaften an den Hochschulen. Dabei sehen wir das Land als wichtigen Partner. Entsprechende Mittelzuweisungen an die Hochschulen sollten auf der Basis qualitätsorientierter Kriterien, wie beispielsweise digitalisierter Lehrangebote oder einer verringerten Studienabbruchquote, erfolgen. Neben der Akademisierung gehören zur Anerkennung auch eine angemessene Vergütung, die Aufwertung des Berufsbilds durch Entlastung von Bürokratie und Dokumentation, die Ermöglichung der Substitution und Delegation von definierten ärztlichen Leistungen an Pflegefachkräfte und die Öffnung verschiedener Karrierepfade mit klaren Aufstiegsmöglichkeiten schon in der Aus-bildung.</p>

<p>Zahnmedizin zu kompensieren sowie an vier Standorten insgesamt 140 Studienplätze in den Hebammenwissenschaften zu schaffen. Eine Novellierung der Ärztlichen Approbationsordnung sowie der Berufegesetze für Ergo-, Logo- und Physiotherapeuten nähern sich den Abschluss bzw. sind in der Vorbereitung. Die CDU in Niedersachsen ist bestrebt, die initiierten Reformen erfolgreich an den niedersächsischen Hochschulen umzusetzen und ihnen die notwendigen Haushaltsmittel dauerhaft bereitzustellen. Der Bund ist jedoch in der Pflicht, sich angemessen an den erheblichen zusätzlichen Kosten zu beteiligen. Das gilt für bereits verabschiedete Novellen ebenso wie für die sich noch in der Verhandlung befindlichen Novellen wie die Ärztliche Approbationsordnung. Daher wird die Landesregierung auch weiterhin ihre Anstrengungen auf Bundesebene sowie im Länderkreis fortsetzen, die einmaligen und dauerhaften Kostenwirkungen der eingeleiteten und geplanten Reformen transparent und nachvollziehbar zu ermitteln und einer Überforderung der Länderhaushalte entgegenzuwirken.</p>			
---	--	--	--

8. Universitätsmedizin / Universitätskliniken
Wie soll die Ausbildung des medizinischen Nachwuchses und die Facharztweiterbildung an den Universitätskliniken in Niedersachsen gestaltet werden? Wie stellen Sie sich die künftige Finanzierung und Infrastruktur der Universitätsmedizin in den Bereichen Forschung, Lehre und Krankenversorgung sowie zunehmend in der ärztlichen Weiterbildung vor?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP
-----	-----	----------------------	-----

<p>Im Koalitionsvertrag der laufenden Legislaturperiode hatten wir uns das ambitionierte Ziel gesetzt, die Anzahl der Medizinstudienplätze in Niedersachsen deutlich um bis zu 200 zusätzliche Studienanfängerplätze zu erhöhen. Durch die Bereitstellung erheblicher zusätzlicher Haushaltsmittel konnten in Hannover, Göttingen und Oldenburg insgesamt rund 190 neue Medizinstudienanfängerplätze geschaffen und damit das gesetzte Ziel erreicht werden. Um einen weiteren Aufwuchs der Studienplätze in Oldenburg zu ermöglichen, haben wir für die notwendigen Forschungs- und Laborflächen sowie für die fehlende Nassanatomie die notwendigen Baumittel zur Verfügung gestellt. In der kommenden Legislaturperiode werden wir an unsere Erfolge anknüpfen. Als CDU in Niedersachsen streben wir an, weitere 200 Medizinstudienplätze in Niedersachsen zu schaffen. Um die Universitätsmedizin in Niedersachsen zukunftsfest aufzustellen, werden wir die Bauvorhaben an MHH und UMG konsequent fortführen. Hierfür werden wir ab 2024 jährlich weitere 100 Mio. Euro pro Jahr bereitstellen. Um einen verantwortungsvollen Umfang mit diesen Mitteln sicherzustellen, setzen wir auf die in dieser Legislaturperiode unternommenen strukturellen Weichenstellungen, allen voran die Gründung von Dachgesellschaft und</p>	<p>Die Universitätsmedizin ist für die SPD-Fraktion ein wesentlicher Grundpfeiler. Insbesondere für die Versorgung Schwerstkranker und beim Auftreten seltener Erkrankungen sowie in der medizinischen Forschung, Lehre und Ausbildung nehmen die zwei Universitätskliniken in Göttingen (UMG) sowie Hannover (MHH) wesentliche Aufgaben wahr. Zudem bietet die European Medical School Oldenburg-Groningen (EMS) mit dem Modellstudiengang Humanmedizin erstmals in Deutschland eine grenzüberschreitende Mediziner Ausbildung an. Über die Schaffung eines Sondervermögens wurden notwendige Erneuerungen bei der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin Göttingen sichergestellt. Der Investitionsbedarf für den Bereich der Krankenversorgung an beiden Hochschulkliniken wird derzeit auf mehr als 2,1 Milliarden Euro geschätzt. Im ersten Schritt ist dieses Sondervermögen mit mehr als einer Milliarde Euro ausgestattet worden. Davon ist der größte Teil für die Universitätsklinik in Göttingen bereits eingeplant. Zusätzlich sollte mit 150 Millionen Euro der Sanierungsstau an anderen Hochschulen abgebaut werden. Zur</p>	<p>Die Enquete Kommission zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung hat sich eingehend mit der ärztlichen Weiterbildung beschäftigt und zahlreiche Handlungsempfehlungen verabschiedet. So sollen bspw. die Verbundweiterbildung ausgebaut und Freistellungsmöglichkeiten für Ärzt*innen in Weiterbildung verbessert werden. Besonderen Handlungsbedarf hat die Enquete-Kommission bei der allgemeinmedizinischen Weiterbildung identifiziert und u.A. Mindestzahlen für allgemeinmedizinische Weiterbildungsstellen empfohlen. Perspektivisch soll der Anteil der Allgemeinmedizin auf 25% erhöht werden. Hinsichtlich der Finanzierung siehe Antwort auf Frage 3.</p>	<p>Wir Freie Demokraten beobachten seit Jahren den Ärztemangel in Deutschland – insbesondere im ländlichen Raum. Deshalb fordern wir die Anzahl der Studienplätze an den Standorten Göttingen, Hannover und Oldenburg weiter bedarfsgerecht zu steigern. Die Lösung des Landarztmangels sehen wir nicht in der Einführung einer Landarztquote bei der Vergabe der Studienplätze, sondern wir wollen dieses Problem durch eine Implementierung des Berufsbildes im Studium lösen. Medizinstudierenden wollen wir im Rahmen ihrer Ausbildung zukünftig ein besseres Angebot zum Umgang mit Tod, Leid und Behandlungsfehlern zur Verfügung stellen.</p>
---	--	---	--

<p>Baugesellschaften. Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zu Oldenburg als dritten vollwertigen Standort der Universitätsmedizin in Niedersachsen. Gemeinsam mit den lokalen Partnern im Nordwesten werden wir die European Medical School auf ihrem Weg zu einem Universitätsklinikum nach Kräften unterstützen.</p> <p>Den Universitätskliniken kommt insbesondere bei der Betrachtung der Finanzierung eine besondere Rolle zu. Aufgrund des Funktionszusammenhanges zwischen Krankenversorgung, Forschung und Lehre gehören sie sowohl dem Gesundheits- als auch dem Hochschulsystem an und werden daher finanziell auch aus beiden Systemen gespeist. Bei der Vergütung der Leistungen in der Krankenversorgung sehen wir als problematisch an, dass die Sonderrolle der Universitätskliniken nicht angemessen berücksichtigt wird. Der Bundesrat hat am 17.12.2021 eine - unter der Federführung von Niedersachsen initiierte – Entschließung zur Weiterentwicklung des DRG-Systems gefasst. Danach soll eine Regierungskommission Empfehlungen für eine Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung vorlegen, die das bisherige System um ein nach Versorgungsstufen (Primär-, Grund-, Regel-, Maximalversorgung, Unikliniken) differenziertes System erlösunabhängiger Vorhaltepauschalen</p>	<p>Gesamtfinanzierung ist es jedoch erforderlich, das Sondervermögen in den nächsten Jahren mit weiteren Mitteln des Landeshaushalts auszustatten. Auch in diesem Fall werden wir prüfen, inwieweit eine Fondslösung noch zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten Dritter für die wichtigen Investitionen an den Universitätskliniken in Niedersachsen erschließen kann.</p>		
--	---	--	--

<p>ergänzt und eine bedarfsgerechte, auskömmliche Finanzierung für die Pädiatrie, die Notfallversorgung und die Geburtshilfe schaffen soll. Die CDU in Niedersachsen begrüßt diesen Prozess und wird sich dafür einsetzen, dass die Belange der Universitätskliniken besonders berücksichtigt werden.</p>			
---	--	--	--

9. Wissenschaftliche Karrierewege
Welchen Handlungsbedarf sehen Sie hinsichtlich der Weiterentwicklung wissenschaftlicher und künstlerischer Karrierewege, und wie wollen Sie die Hochschulen bei der Umsetzung entsprechender Schritte unterstützen? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Gleichstellung der Geschlechter in der Wissenschaft fördern?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP
<p>Um Forschung und Lehre an den niedersächsischen Hochschulen nachhaltig zu sichern, sind weitere Maßnahmen erforderlich, um wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden, zu rekrutieren und durch attraktive Arbeitsbedingungen in Niedersachsen zu halten. Hierzu setzen wir uns für eine zielgerichtete Nachwuchsförderung einschließlich von Tenure-Track-Perspektiven, neue Perspektiven für bis-lang überwiegend befristete Arbeitsverhältnisse im wissenschaftlichen Mittelbau sowie erweiterte Fort- und</p>	<p>Die SPD in Niedersachsen steht für die Festlegung von Vereinbarungen mit den Hochschulen, um planbare Karrierewege in der Wissenschaft zu ermöglichen, Gute Arbeit in der Wissenschaft durch planbare Beschäftigungsverhältnisse sicherzustellen (Festschreibung im Hochschulentwicklungsvertrag) und berufliche Optionen neben der Professur zu schaffen. Wir werden uns außerdem für einen bundesweiten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in den Hochschulen einsetzen. Sollte sich</p>	<p>Wer kluge Köpfe halten und fördern will, muss gute Arbeitsbedingungen gestalten und den Mitarbeiter*innen der Hochschulen Perspektiven bieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und auch für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und den Mittelbau bessere Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu schaffen. Für Daueraufgaben müssen zukünftig auch Dauerstellen geschaffen</p>	<p>Wir sind der Überzeugung, dass Freiheit und Vielfalt die Grundlage für wissenschaftliche Karrierewege sind. Daher wollen wir die Rahmenbedingungen an Hochschulen für Wissenschaftskarrieren verbessern. Dabei ist uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen – beispielsweise durch eine bessere Kinderbetreuung an Hochschulen und die Möglichkeit für Mütter und Väter, ihre Lehrverpflichtungen und Forschungszeiten selbstbestimmter festzulegen.</p>

<p>Weiterbildungsangebote, z.B. zur digitalen Lehre, ein. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Karrierewege werden wir darüber hinaus bereits frühzeitig im Studium Qualifizierungsangebote im Bereich Entrepreneurship anbieten, um auch den Gründungsgedanken zu fördern und in den wirtschafts- und naturwissenschaftlichen Studiengängen Wahlpflichtangebote für Entrepreneurship schaffen. Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern und gründungsorientierten Studierenden durch die Flexibilisierung von Studienzeiten und insbesondere durch die Möglichkeit einer Auszeit oder eines Teilzeitstudiums dabei unter die Arme greifen. Auch für Doktorandinnen und Doktoranden werden wir Beratungs- und Qualifizierungsangebote anbieten bzw. erweitern, da-mit auch sie im Anschluss an die Promotion oder später im Berufsleben motiviert sind, beispielsweise in die Selbstständigkeit zu gehen. Wir werden uns ferner für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere im universitären Umfeld einsetzen. Wir werden die Hochschulen bei der Betreuungsmöglichkeit für Kinder von Studentinnen und Studenten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter unterstützen sowie gemeinsam mit den Studentenwerken die Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Studentinnen und Studenten</p>	<p>dieser nicht umsetzen lassen, werden wir einen entsprechenden Tarifvertrag auf Landesebene aushandeln. Aber damit nicht genug: Viele der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Mitarbeiter*innen machen sich Sorgen um ihre berufliche Zukunft und können ihre Karrieren nur unzureichend planen. Postdoktorand*innen beispielsweise sind vollwertige Wissenschaftler*innen, die bei Daueraufgaben unbefristet beschäftigt werden müssen. Auch für mehr unbefristete Personalstellen, Karrierewege außerhalb der Professur und die Überführung von Studienqualitätsmitteln in unbefristete Personalstellen sowie eine vorausschauende Personalplanung benötigen die Hochschulen eine ausreichende Grundfinanzierung, die wir anstreben. Wir wollen damit den vielen Beschäftigten an den Hochschulen solide und nachhaltige Karrierewege eröffnen und ihnen so ein Stück ihrer Sorgen nehmen.</p>	<p>werden. Die beruflichen Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wollen wir durch neue akademische, u. a. familienfreundlichere Karrieremodelle auch für den Mittelbau stärken. Zwar sind rund die Hälfte der Studierenden und Promovierenden Frauen – jedoch spiegelt sich dieses Verhältnis bei den Professuren und Leitungsfunktionen der Hochschulen bei weitem nicht wider. Für uns GRÜNE ist Gleichstellung eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die wir auch an den Hochschulen vorantreiben wollen. Insbesondere der Übergang von Promotion zur Professur muss verbessert werden, damit Frauen gleiche Karrierechancen haben. Die Dialoginitiative geschlechtergerechte Hochschulkultur hat hierfür bereits wichtige Impulse geliefert, die wir durch ein Mehr an Verbindlichkeit aufwerten und fördern werden. Wir wollen auch erreichen, dass studentische Hilfskräfte in die betriebliche Mitbestimmung einbezogen und tarifliche Mindeststandards gesichert werden.</p>	<p>Wir meinen überdies: Die Hochschulen in Niedersachsen müssen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Weltrang anziehen und halten. Dafür wollen wir Vergütungsstrukturen aufbrechen, die W-Besoldung anpassen und Berufungsverfahren verkürzen.</p> <p>Wir Freie Demokraten werden uns zudem beim Bund für eine Reform der Befristungsregelungen im Wissenschaftszeitvertragsgesetz einsetzen. Hochschulen, die Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern eine Anstellung auf Tenure-Track-Basis ermöglichen, wollen wir bei Ihren Bemühungen unterstützen. Für Daueraufgaben sind in gewissem Umfang auch Dauerstellen vor-zusehen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Verwaltung und IT. Den vom Land Berlin eingeschlagenen Weg im Hochschulrecht halten wir hingegen für wenig zielführend. Wissenschaft lebt auch von Wechsel und von Chancen für mehr als eine Wissenschaftsgeneration.</p>
---	---	--	---

<p>weiterentwickeln. Ferner werden wir die frühkindliche Bildung mit zusätzlichen Plätzen ausweiten und die Betreuungszeiten flexibilisieren. Familien, insbesondere aber Frauen sollen nach der Familiengründung durch Onlineschulungsangebote und geregelte Home-officeangebote wieder schneller zurück in den Job finden. Wir werden daher auch Mentorinnen- und Frauenförderprogramme unterstützen und finanziell stärker fördern. Das erfolgreiche Professorinnenprogramm wollen wir weiter unterstützen und sinnvoll ergänzen. Wir stellen auch künftig sicher, dass Gleichstellungsaspekte in den Forschungsausschreibungen des Wissenschaftsministeriums gebührend berücksichtigt werden.</p>			
<p>10. Lehrkräftebildung</p>			
<p><i>Inwiefern planen Sie die Niedersächsischen Hochschulen in Erfüllung ihrer Herausforderungen im Bereich einer modernen Lehrkräftebildung zu unterstützen und sie für diese Aufgaben zu rüsten?</i></p>			
<p>CDU</p>	<p>SPD</p>	<p>Bündnis90/Die Grünen</p>	<p>FDP</p>

<p>Die schulform- und fächerspezifische Nachwuchssicherung im Lehramt ist eine zentrale Herausforderung für die nachhaltige Sicherung eines leistungsstarken, inklusives Bildungssystems in Niedersachsen. Das Land Niedersachsen muss attraktive Rahmenbedingungen schaffen, damit sich junge Menschen für ein Lehramtsstudium entscheiden. Das gilt insbesondere für das Lehramt an Haupt- und Realschulen sowie für die Fächer des besonderen Bedarfs, aber auch für die Gelingensbedingungen eines inklusiven Unterrichts. Wir werden eine effektive und transparente fächerspezifische Bedarfsplanung für alle Lehrämter gewährleisten und zu diesem Zweck einen verbindlichen Austausch hinsichtlich der Bedarfe des Kultusministeriums einerseits und der durch das Wissenschaftsministerium vorzuhaltenden Studienplätze andererseits schaffen. Darüber hinaus soll im Rahmen eines Modellversuchs erprobt werden, die Lehramtsausbildung zu verkürzen und die Praxisanteile zu erhöhen, mit dem Ziel, dass die ersten Unterrichtsstunden bereits ab dem ersten Semester verpflichtend im Rahmen einer Praxisphase vorbereitet und erteilt werden. Durch gezielte „Perspektiv-Gespräche“ soll zudem ein Abgleich von Landesinteressen und individuellen Wünschen mit allen Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern schon im</p>	<p>Wir gehen mit der Absicht in die nächste Legislatur, den Lehrkräften in Ausbildung in Niedersachsen die besten Bedingungen zu bieten. Deshalb stehen wir für eine grundlegende Reform der gesamten Lehramtsausbildung. Die Schulleitung ist für uns ein eigenständiges Berufsbild. Deshalb ist für uns auch klar: Die Qualifizierung als Schulleitung muss vor der Übernahme einer solchen Funktion stattfinden bzw. schon stattgefunden haben. Wir werden diese wichtige Ausbildung deshalb als Schulleitungsakademie an das Niedersächsische Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) anschließen. Wir werden auch für höhere Praxis- und Pädagogikanteile bereits im Bachelor- und Masterstudium sorgen und so sicherstellen, dass Studienplätze bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich sind Stipendienprogramme für Mangelfächer, insbesondere im MINT-Bereich notwendig. So werden wir eine moderne Lehrkräftebildung ermöglichen und uns in Niedersachsen für die zukünftigen Aufgaben in diesem Bereich rüsten.</p>	<p>Unser Ziel ist es, für alle Schulen ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen und damit die Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern. Vor dem Hintergrund eines erheblichen Fachkräftemangels werden viele Maßnahmen zur Besserstellung und Entlastung von Lehrkräften ebenso wie die Umsetzung schulpolitisch überfälliger Reform- und Qualitätsverbesserungsvorhaben nicht kurzfristig gelingen, sondern müssen in Stufenplänen erfolgen. Umso wichtiger ist es, den Fachkräftemangel nicht schönzurechnen, sondern aktiv anzugehen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Ausbildung von Lehrer*innen zu reformieren, um sie besser auf die veränderten und wachsenden Herausforderungen des Berufs vorzubereiten. Dafür ist es erforderlich, Lehrer*innen nicht länger nach Schulformen getrennt auszubilden, sondern orientiert an Jahrgangsstufen. Hierzu gehört auch, das Studium der Sonderpädagogik in dieses Stufenmodell stärker einzubeziehen. Darüber hinaus werden wir eine Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrer*innen auf die Herausforderungen einer individualisierten und inklusiven Pädagogik gut vorzubereiten.</p>	<p>Unser Ziel ist eine Hochschul- und Schulpolitik, die über das Ende einer Legislaturperiode hinausdenkt und plant. Wir wollen die Lehrerausbildung neu ausrichten. Sie muss einen hohen Praxisanteil umfassen und immer wieder evaluiert werden. Nur so kann sie sich der Lebensrealität in Schule nähern. Die Vielfalt der Schulen muss sich auch weiterhin in der Lehrerausbildung widerspiegeln. Berufsqereinsteiger werden wir Freie Demokraten beim Einstieg stärker fördern und insbesondere pädagogisch fit machen. Auch muss das Lehramtsstudium zwischen Wissenschafts- und Kultusministerium besser vernetzt werden. Dies gilt für die Planung der Studienplatzzahlen ebenso wie für die inhaltliche Ausgestaltung von Studium und Referendariat. Diese beiden Abschnitte in der Lehrkräftebildung müssen neuen digitalen Anforderungen genügen und die schulformadäquaten Curricula sind auf fachwissenschaftlicher Grundlage weiterzuentwickeln. Das Referendariat muss zudem für verschiedene Schulformen und für Absolventen aus verschiedenen Bundesländern durchlässiger werden.</p>
---	---	--	--

<p>Vorbereitungsdienst vorgenommen werden, um offene Stellen bestmöglich zu besetzen.</p> <p>Wir werden zudem die Aus-, Fort- und Weiterbildungsbedarfe für angehende und ausgebildete Lehrkräfte transparenter aufarbeiten und enger aufeinander abstimmen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Weiterbildung im Bereich Informatik sowie der Vermittlung digitaler Kompetenzen. Wir werden prüfen, inwieweit aufbauend auf den in dieser Legislaturperiode vorgenommenen Stärkungen der Grundfinanzierung der lehrerbildenden Hochschulen weitere Handlungsbedarfe zu berücksichtigen sind.</p>		<p>Die Lehrer*innenbildung muss in beiden Ausbildungsphasen noch stärker an den Bedürfnissen der integrativ arbeitenden Schulen ausgerichtet werden. Hierfür schaffen wir die Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass der fächerübergreifende und projektorientierte Ansatz dieser Schulen in die Ausbildung einfließt.</p>	
---	--	---	--

11. Studium und Lehre (Studierende)
Wie beabsichtigen Sie die Sicherung und Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre konkret zu unterstützen? Wie beabsichtigen Sie, die auskömmliche Finanzierung der Einrichtung und des dauerhaften Betriebs neuer Studiengänge sicherzustellen?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP
<p>Die Qualität von Forschung und vor allem der Lehre, der Standort sowie die Studienbedingungen spielen eine wichtige Rolle bei der Studienwahl. Viele lernbegeisterte junge Menschen aus Deutschland und der Welt sollen eine Hochschule in unserem Bundesland besuchen. Mit dem zweiten Verstetigungsschritt zum „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ ist es gelungen, für Niedersachsen rund 1.500 zusätzliche Studienanfängerplätze mit den Hochschulen zu vereinbaren. Das war ein wichtiger Meilenstein, an den es mittel-</p>	<p>Wir haben schon oben darauf hingewiesen, dass die Digitalisierung eine Möglichkeit für eine neue, moderne Betreuungssituation der Studierenden bietet. Es wurde zudem der Studiengang der Verwaltungsinformatik neu eingerichtet. Wir haben zu diesem Studiengang das Stipendienprogramm Verwaltungsinformatik aufgelegt, um langfristig und bedarfsorientiert dem IT-Fachkräftemangel zu begegnen.</p>	<p>Unser Ziel ist die Gestaltung von guten Bedingungen in Studium und Lehre. Hierfür sind die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung von 2013 bis 2017 eingeführten Studienqualitätsmittel auch zukünftig ein wichtiges Instrument, um die Studienbedingungen weiter zu verbessern. Wir wollen, dass die Studierenden wieder maßgeblich darüber entscheiden können, wie diese Mittel verwendet werden und sorgen dafür, dass die Mittel tatsächlich für die Verbesserung der Studienqualität und der Lehre</p>	<p>Wir wollen, dass die Studienbedingungen in Niedersachsen zu den besten in der Bundesrepublik zählen. Dies betrifft insbesondere die personelle, räumliche und sächliche Ausstattung, die Betreuungsrelation und die Ausstattung von Bibliotheken. Die Lehrveranstaltungen der Hochschulen müssen zudem weiter digitalisiert werden. Die niedersächsischen Hochschulen müssen die Talente von morgen anziehen. Dafür muss, mindestens an einzelnen Hochschulstandorten, eine Senkung der</p>

<p>und langfristig anzuknüpfen gilt. Die Qualität von Studium und Lehre muss auch weiterhin durch einen verstärkten Fokus auf die Digitalisierung der Hochschulen gestärkt werden. Digitale Tools und Plattformen müssen ausgebaut werden, um das Studium und die Bedingungen stärker zu verbessern und zu fördern. Fragen der Hochschulentwicklung, u.a. der längerfristigen Etablierung von Studiengängen, wollen wir in den Beratungen zum neuen Hochschulentwicklungsvertrag intensiv diskutieren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im universitären Umfeld ist ein weiterer wichtiger Baustein zur Verbesserung der Studienbedingungen. Zusätzlich zum weiteren Aufbau der Studienplätze sollen die Bachelor- und Mastersysteme flexibilisiert werden, um Teilzeitstudierende zu unterstützen oder Freiräume für Auslandssemester und -praktika zu schaffen. Wir wollen darüber hinaus gemeinsam mit der Landesnahverkehrsgesellschaft und der LandesAStenKonferenz die Semesterbeiträge und insbesondere die Kosten des Semestertickets so gestalten, dass Kosten und Nutzen verhältnismäßig ausfallen. Neben der guten Anbindung zum Hochschulstandort, ist die Schaffung von Wohnraum in den Hochschulstädten besonders voranzutreiben, damit Studierende während ihres Studiums vor Ort</p>		<p>eingesetzt werden und nicht fehlende Mittel für die Bauunterhaltung kompensieren müssen. Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärkt als Nachfolger des Hochschulpakts 2020 einen wichtigen Beitrag, um für bessere Studienbedingungen zu sorgen und die Studienkapazitäten bedarfsgerecht zu gestalten. Unser Ziel ist es, diese Finanzierung zu verstetigen und so insbesondere mehr Professor*innen sowie weiteres unbefristetes Lehrpersonal an den Hochschulen zu ermöglichen, damit eine dauerhafte Verbesserung des Betreuungsschlüssels erreicht werden kann. Nicht zuletzt in der Pandemie haben die Hochschulen gezeigt, dass sie in der Lage sind, auf neue Herausforderungen flexibel und schnell zu reagieren und auch in der Lehre neue Wege zu gehen. Die Präsenzlehre muss auch zukünftig zentraler Bestandteil der Hochschullehre sein. Wir wollen jedoch mehr Spielräume für innovative Lehre schaffen, beispielsweise durch eine bessere Verknüpfung analoger und digitaler Elemente. Hierzu gehört auch eine gute digitale Ausstattung der Hochschulen sowie regelmäßige didaktische Weiterbildungen des akademischen Personals.</p>	<p>Semesterbeiträge geprüft werden. Die finanziellen Zuschüsse an die Studierendenwerke wollen wir mittelfristig erhöhen, auch um nationale Studierende bei den Wohnkosten zu entlasten und internationalen Studierenden ein gutes Wohnangebot machen zu können. Die Zusammenarbeit mit den Studentenwerken wollen wir vertiefen, insbesondere im Bereich der mentalen Gesundheit von Studierenden und bei Programmen zur Studienstarthilfe. Mit der BAföG-Reform im Bund zeigen wir, dass für uns Leistung und nicht Herkunft zählt.</p>
---	--	--	---

bezahlbaren Wohnraum bekommen können.			
---------------------------------------	--	--	--

12. Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen, Wirtschaft und Gesellschaft

Auf welchem Weg werden Sie Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft vorantreiben? Mit welchen Maßnahmen sollen die Transferaktivitäten an Hochschulen von Seiten des Landes unterstützt werden?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP
Wir werden eine Innovations- und Transferstrategie Niedersachsen auflegen, die das Handeln verschiedenster Akteure auf gemeinsame Ziele ausrichtet und die Verteilung der Ressourcen in einem strategischen Rahmen vornimmt. Dabei werden wir v.a. auf den in dieser Legislaturperiode entwickelten thematischen und technologischen Landesstrategien, aber auch der Transferstrategie der LandesHochschulKonferenz aufbauen. Die vorliegenden Landesstrategien, z.B. zu Daten, KI oder Biologisierung, werden wir regelmäßig evaluieren und ggf. veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Einen besonderen Fokus werden wir dabei auf die Schlüsseltechnologien sowie in den über die Zukunftslabore des Zentrums für digitale Innovationen definierten Forschungsfelder legen. Gemeinsam mit Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Start-Ups und kleinen sowie mittelständischen Unternehmen, dem Handwerk und dem wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir den Wissens- und	Qualitativ hochwertige Kooperationen und für alle Beteiligten produktiver Austausch wird in der Forschungswelt künftig noch wichtiger werden als bisher. Dazu werden wir neue Ansätze erarbeiten, die diesen Wissenstransfer besser als bisher ermöglichen. Wir als SPD werden den Wissenstransfer mit weiteren Förderinstrumenten, wie zum Beispiel Innovations- und Digitalisierungsgutscheinen oder auch einer besseren Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Start-ups und Hochschulen verbessern. Auch den Digitalbonus für notwendige Investitionsmaßnahmen werden wir fortführen. Daneben wollen wir selbstverständlich auch die Studentenwerke weiter unterstützen und die Möglichkeiten der Kinderbetreuung für Student*innen und Personal verbessern und so zu einer qualitativen Verbesserung der sozialen Infrastruktur beitragen. Die verbesserte soziale Infrastruktur	Zu einer erfolgreichen Forschung gehört auch, den Wissens- und Technologietransfer in die Praxis zu verbessern, damit neue Lösungen noch schneller dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Bereits bei der Konzeption neuer Ausschreibungen und Forschungsförderungen wollen wir den Transfergedanken zu einem wichtigen Baustein machen. Die Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft ist aus unserer Sicht wichtig für die nachhaltige Stärkung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen. Beide Seiten profitieren von der Zusammenarbeit. Insbesondere wollen wir Gründungszentren als Anlaufstelle für Studierende, Start-Ups und Investor*innen an den Hochschulen etablieren.	Wir Freie Demokraten wollen Wissenschaft und Wirtschaft besser vernetzen. Die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Innovation verfügen kurz- und langfristig sowie konjunkturunabhängig über eine hohe Rendite für eingesetztes Steuergeld. Privates Kapital und Expertise kann diesen Effekt noch stärker hebeln. Daher müssen wir die Attraktivität von Investitionen in Forschung und Entwicklung steigern. Die Verfahren zur Beantragung der Forschungszulage müssen in den Finanzämtern priorisiert abgewickelt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Niedersachsen muss zudem weiterhin wissenschaftlich begleitet und es müssen mehr Mittel für den ökonomischen Forschungsbereich bereitgestellt werden. Um das Ökosystem für Start-ups und Spin-offs an den Hochschulen zu verbessern, wollen wir die Einrichtung von University Hubs beschleunigen. Diese sollten die Hochschule beim Wissens-transfer unterstützen und zentral im Land durch das Innovationszentrum

<p>Technologietransfer entschlossen voranbringen. Hierzu werden wir eine Agentur für Hightech-Entrepreneurship und Wissenstransfer an der Schnittstelle zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur einrichten. Gleichzeitig wollen wir attraktive Möglichkeiten für Lehrpersonal an den niedersächsischen Hochschulen schaffen, auch in Einrichtungen der Erwachsenenbildung tätig zu werden. Somit werden wir neben Forschung und Lehre den Wissens- und Technologietransfer stärken können. Hierzu soll auch die Stärkung und Weiterentwicklung von Netzwerken beitragen, die Forschungs-, Transfer- und Translationsaktivitäten stärker koordiniert, bündelt und sichtbarer macht.</p> <p>Wir werden ein „Third-Mission-Programm“ für Hochschulen etablieren, ihre Beratungskapazitäten zu Fragen der Anschub- und Wachstumsfinanzierung erweitern und sie dadurch zu echten Innovationshubs ausbauen. Darüber hinaus werden wir erfolgreiche Netzwerk wie das Quantum Valley Lower Saxony oder das Institute of Biomedical Translation weiter fördern, Start-Ups und innovative Unternehmen stärker einbinden und trans- und interdisziplinäre Kooperationen mit verwandten Wissenschaftsdisziplinen voranbringen. Hier wollen wir insbesondere die Forschungsaktivitäten im Bereich der Künstlichen Intelligent in</p>	<p>wird letztendlich zu einem Aufwuchs an Qualität auch im Studium, der Lehre und der Wissenschaft beitragen.</p>		<p>Niedersachsen begleitet werden. Ferner muss Niedersachsen - auch im Länder-vergleich - duale Studienangebote ausbauen. Als Freie Demokraten messen wir der Weiterbildung und der Wissenschaftskommunikation eine hohe Bedeutung zu, die wir im Rahmen unseres Konzepts zur digitalen Hochschule auf eine neue Stufe heben wollen.</p>
--	---	--	--

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Osnabrück weiter ausbauen und miteinander vernetzen.			
--	--	--	--

13. Internationalisierung und Europäischer Hochschul- und Forschungsraum

Wie wollen Sie dazu beitragen, dass die niedersächsischen Hochschulen durch die Internationalisierung eine größere globale Sichtbarkeit erlangen und mit welchen Instrumenten würden sie den Aufbau von europäischen/internationalen Hochschulnetzwerken fördern?

Wie werden Sie die niedersächsischen Hochschulen im Hinblick auf die anvisierten Ziele der europäischen Hochschulstrategie sowie einer stärkeren Beteiligung an den Europäischen Programmen Horizon Europe und Erasmus+ unterstützen?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP
<p>Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist der Austausch untereinander eine unverzichtbare Quelle, um neue Erkenntnisse zu gewinnen und innovative Ideen zu entwickeln. Daher setzen wir in Niedersachsen auf die internationale Zusammenarbeit – auch und ganz besonders in Zeiten der Pandemie. Das CDU geführte Wissenschaftsministerium hat die Internationalisierung der niedersächsischen Wissenschaftslandschaft kontinuierlich vorangetrieben. Diesen Weg gilt es weiter-zugehen und auszubauen. Mit der Internationalisierungsstrategie hat das Ministerium die internationale Zusammenarbeit von Universitäten und Fachhochschulen gestärkt. Durch das Europa-Programme wird seit dem Jahr 2019 die Sichtbarkeit der herausragenden Forschungsleistungen aus Niedersachsen erhöht und deren Bedeutung für die europäische</p>	<p>Um im internationalen Wettbewerb der Forschungsstandorte weiter nach vorne zu kommen, werden wir die europäischen und internationalen Beziehungen unserer Hochschulen fördern und unterstützen. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher anzuziehen. Wir treten an mit dem Ziel, unsere Hochschulen zu einem Magneten für die nächste Generation der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler machen. Für uns ist klar: Niedersachsen braucht die exzellenten und zukunftsfähigen Hochschulen. Uns ist die Spitzenforschung aus Niedersachsen wichtig, aber gleichzeitig auch eine Fächervielfalt an unseren niedersächsischen Hochschulen. Deshalb werden wir beides fördern.</p>	<p>Wissenschaft ist grenzenlos und lebt vom internationalen Austausch. Die Vernetzung unserer Hochschulen auf europäischer und internationaler Ebene wollen wir daher stärken. Wir unterstützen die Hochschulen bei der internationalen Vernetzung und beim Abbau von Hürden bei der internationalen Mobilität von Studierenden und Forschenden. Hierzu gehört auch die gezielte Förderung der niedersächsischen Hochschulen, um in europäischen Förderprogrammen erfolgreich zu sein und Niedersachsen als Wissenschaftsstandort in Europa zu stärken sowie die europäische Idee insgesamt voranzubringen.</p>	<p>Im Bereich der Internationalisierung wollen wir Freie Demokraten die existierenden exzellenten Forschungszentren in der Europäischen Union (EU) stärker vernetzen. Wir wollen wissenschaftliche Erkenntnisse teilen, um den Fortschritt überall in unserer Gesellschaft und der Welt zu fördern. Wissenschaft kennt keine Staatsbürgerschaft. Auf europäischer Ebene soll Forschung künftig ein stärkerer Förderungsschwerpunkt im Haushalt sein. Außerdem soll die EU bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit der Forschungszentren verstärkt unterstützen. Das Erfolgsprogramm „Erasmus+“ wollen wir weiterentwickeln. Gegen Populismus und nationale Engstirnigkeit ist die interkulturelle Verständigung das beste Mittel. Wir wollen Großbritannien, der Schweiz, den</p>

<p>Wissenschafts- und Forschungslandschaft unterstrichen. Daran knüpft auch das neue Programm „Stay Inspired: Europäische Exzellenz für Niedersachsen“ an, welches die europäische Vernetzung der niedersächsischen Hochschulen und regionalen Forschungseinrichtungen weiter vorantreibt, indem Forscherinnen und Forscher aus Niedersachsen dabei unterstützt werden, sich in der europäischen Exzellenz zu etablieren. Mit einem Schottlandprogramm leistet das Land einen Beitrag dazu, die Wissenschaftsaustausche mit Großbritannien nach dem Brexit fortzuführen.</p> <p>Darüber hinaus geht eine erhöhte globale Sichtbarkeit insbesondere mit exzellenter Forschung ein-her. Im Rahmen der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder werden wir unsere Hochschulen dabei unterstützen, weitere exzellente, international konkurrenzfähige Forschungsprojekte (unter anderem Exzellenzcluster) einzuwerben. Daher begrüßt die CDU in Niedersachsen, dass das MWK mit dem Programm „ExzellenzStärken“ hier bereits die notwendige Förderkulisse bereitstellt und die Hochschulen mit insgesamt 26. Mio. Euro unterstützt.</p>	<p>Wir werden selbstverständlich diese Programme unterstützen, denn wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass alle jungen Menschen einmal an einem europäischen Jugendaustausch teilnehmen können, sei es in der Schulzeit, während der Ausbildung, in der Freizeit oder eben als Student*innen an der Universität. Der internationale Austausch junger Menschen ist ein wesentlicher Baustein für das weitere Zusammenwachsen Europas. Die transnationale Zusammenarbeit von Studierenden legt dabei den Grundstein für eine weitere Vernetzung des Wissens und legt als internationale Zusammenarbeit auch die Basis für die positiven und friedlichen Austausche von jungen Menschen bzw. der zukünftigen Generationen. Deshalb werden wir daran festhalten und dergleichen Austausche fördern.</p>		<p>Beitrittskandidaten, den Staaten der östlichen Partnerschaften und den Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik den Status eines Programmlands anbieten. Weiterhin wollen wir die europäischen Austauschprogramme auf allen Ebenen unterstützen und dafür einen Status für Europastudierende und so genannte Freemover im Niedersächsischen Hochschulgesetz verankern.</p>
---	--	--	---

Kontakt:

LandesHochschulKonferenz Niedersachsen (LHK)

c/o Technische Universität Clausthal

Adolph-Roemer-Straße 2a

Telefon: 05323 - 72 3990

E-Mail: geschaeftsstelle@lhk-niedersachsen.de

www.lhk-niedersachsen.de